

Stadtvisionen für ein nachhaltiges Düsseldorf



Positionspapier
des Fachforums II
der Lokalen Agenda
Düsseldorf



Einleitung

„Wir europäischen Städte und Gemeinden ... verstehen, dass unsere derzeitige städtische Lebensweise, insbesondere unser arbeits- und funktionsteiliges System, die Flächennutzung, der Verkehr, die Industrieproduktion, Landwirtschaft, Konsumtion und die Freizeitaktivitäten und folglich unser gesamter Lebensstandard uns für die vielen Umweltprobleme wesentlich verantwortlich macht, denen die Menschheit gegenübersteht. ... Wir haben erkannt, dass der heutige hohe Pro-Kopf-Verbrauch von Ressourcen in den Industrienationen nicht für alle jetzt lebenden Menschen, ganz zu schweigen von künftigen Generationen, möglich ist, ohne das natürliche Kapital zu zerstören“ (*Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit/Charta von Aalborg*).

Mit der Agenda 21, 1992 auf dem Gipfel von Rio de Janeiro vorgelegt, verfolgt die UNO ein Konzept der Nachhaltigkeit, das die wirtschaftliche Entwicklung mit ökologischen und sozialen Anforderungen in Einklang bringen will. Unter dem Motto „Global denken – lokal handeln!“ wurde das Programm der Lokalen Agenda 21 (LA) auf den Weg gebracht, das jede Kommune der Unterzeichnerländer dazu aufrief, die globalen Probleme auch auf der örtlichen Ebene anzugehen. 1994 gab es in Aalborg eine erste Konferenz europäischer Städte und Gemeinden, auf der eine Charta zur weiteren Umsetzung der Lokalen Agenda beschlossen wurde.

Seit 1996 beteiligt sich Düsseldorf an dem Agenda-Prozess, unterzeichnete 1997 die Charta, richtete die Lokale Agenda in der noch heute weitgehend bestehenden Organisationsform ein und erstellte ein Leitbild. Die in der LA organisierte Bürgerschaft arbeitet in vier Fachforen (FF) an der Gestaltung eines nachhaltigen Stadtlebens.

2010 hat das FF II einen öffentlichen Workshop veranstaltet, um zu klären, wie sich die Mitglieder des Forums und andere interessierte BürgerInnen ein nachhaltiges Düsseldorf vorstellen, wie sie sich in der näheren Zukunft die weitere Entwicklung der Stadt wünschen. Die Ergebnisse dieses Workshops wurden von der Arbeitsgruppe „Nachhaltigkeit“ des FF II aufgearbeitet und ergänzt, im Forum diskutiert und als zunächst interne Stellungnahme verabschiedet, die hier nun vorliegt.

Das vorliegende Positionspapier erhebt keinen Anspruch auf eine vollständige, (fach)wissenschaftliche Bearbeitung aller Bereiche des Themas „nachhaltige Stadt“ und hat daher Entwurfscharakter. Es ist aus den Erfahrungen, aus der Perspektive der Workshopteilnehmer und -teilnehmerinnen und der Fachforumsmitglieder entstanden, die ihre eigenen Schwerpunkte und ihre zum Teil sehr konkreten Vorstellungen und Wünsche eingebracht haben. Dennoch kann das Papier Grundlage sein für eine nötige Revision des 14 Jahre alten Leitbildes Nachhaltigkeit der Stadt, für die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für Düsseldorf und für eine umfassende Reform der aktuellen Organisationsstruktur der Lokalen Agenda in Düsseldorf.

In einem ersten Teil werden die Ideen zur nachhaltigen Stadt und zur Stadtökologie vorgestellt, gegliedert in die inhaltlichen Bereiche Städtebau/Wohnen, Soziales, Grün, Verkehr, Klima, Wirtschaft und Eine-Welt. Im zweiten Teil geht es darum, wie laut FF II dieses Leitbild in der Stadtpolitik, in Rat und Verwaltung, verankert und umgesetzt werden kann, in einem dritten Teil darum, wie die Bürger und Bürgerinnen selbst mit ihrem Verhalten das Leitbild mit Leben füllen können.

1. Ideen für ein nachhaltiges Düsseldorf

Städtebau und Wohnen

Städte stellen dicht bebaute Lebensräume dar. Dies bringt sicher Nachteile wie Lärm und Luftverschmutzung mit sich, bietet aber auch eine vielfältige Versorgung bei kurzen Wegen. Es gilt, die Belastungen zu reduzieren und die Vorteile zu verstärken

Die Gestaltung des privaten und öffentlichen Raums, von der kleinsten Parzelle, der Wohnung, über Wohnumfeld und Wohnviertel bis zur gesamten Stadt, bestimmt wesentlich die Lebensqualität der Bewohner und Bewohnerinnen. Städtebau muss sich daher vorrangig an deren Bedürfnissen orientieren, ökologische und soziale Belange angemessen berücksichtigen.

- Priorität hat, für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbaren, bedarfsgerechten Wohnraum ausreichend zur Verfügung zu stellen.
- Ein auch gestalterisch ansprechendes Wohnumfeld mit einer guten Infrastruktur ist für alle Wohnstandorte wichtig. Dadurch können zum Teil auch Qualitätsnachteile in Bestandswohnungen ausgeglichen werden, die nicht verbessert werden können.
- Das Wohnraumangebot ist vielfältig, umfasst auch generationsübergreifendes Wohnen und Wohnen in Gemeinschaft.
- Das unmittelbare Wohnumfeld bietet Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten für alle Altersstufen. Gerade für Kinder und Jugendliche bzw. Familien ist Spielen im öffentlichen Raum wichtig.
- Das Umfeld ist möglichst barrierefrei gestaltet.
- Der Autoverkehr und die für den Autoverkehr bereitgestellte Fläche wird nach Möglichkeit eingeschränkt – durch Verkehrsberuhigung wie Tempo 30, Shared Space und durch eine höhere Anzahl von automobil-freien Verkehrswegen (z.B. Spielstraßen, Fußwege, Radwege) in Wohngebieten.
- Stadtteile und Stadtteilzentren werden gestärkt, um Wege zu verkürzen und Verkehr zu reduzieren und um die Angebotsvielfalt zu erhöhen.
- Nötig sind dazu gemischt genutzte Viertel mit einem ausgewogenen Verhältnis von Wohnen, Arbeiten und Versorgung.
- Eine gute Infrastruktur im Nahbereich versorgt die Bewohner und Bewohnerinnen mit Geschäften, sozialen, kulturellen, administrativen und anderen Dienstleistungen sowie mit öffentlichen Räumen für Freizeit und Erholung.
- Begegnungsmöglichkeiten sind im Viertel eingeplant: Dazu gehören institutionelle soziale Treffpunkte und informelle, wie z.B. Plätze im öffentlichen Raum.
- Fußgängerzonen und Plätze werden mit Baum, Bank und Brunnen ausgestattet. In fußläufiger Ent-



Nicht-kindgerechte Innenstadt

fernung ist ein grüner, schattiger Ruhepunkt nötig, gerade auch für ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen und Eltern mit Kindern.

- Auf die Erschließung von Neubaugebieten wird verzichtet. Stattdessen wird der Bestand (behutsam) verdichtet, werden Industrie- und Gewerbebrachen konvertiert (Innenentwicklung).
- Insgesamt kann so die Flächeninanspruchnahme für Siedlung, Verkehr und Gewerbe auf das Notwendigste eingeschränkt werden.
- Das Zusammenspiel der unterschiedlichen – neuen und historisch gewachsenen – Bauformen im Stadtbild stiftet Identität.
- Die vorhandenen Bauformen sind das Gedächtnis der Stadt und werden deshalb respektiert; sie dürfen nur vorsichtig an neue Anforderungen und Bedürfnisse angepasst werden.
- Auch Gebäude, die nicht unter Denkmal- oder Ensembleschutz stehen, werden nach Möglichkeit erhalten.



- Wohnraum wird möglichst nicht für gewerbliche Zwecke zweckentfremdet, Wohngebiete genießen Bestandsschutz.
- Die Spekulation mit Grund und Boden wird erschwert, durch geeignete Auflagen und durch Bodenvorratspolitik seitens der Stadt.

Grün mitten in der Stadt

Soziale Nachhaltigkeit

Bürger und Bürgerinnen, die sich mit der Stadt, dem Stadtteil, der unmittelbaren Umgebung identifizieren, und die Eingreif- und Gestaltungsmöglichkeiten sehen, entwickeln ein Gefühl für Gemeinschaft und Verantwortung. Voraussetzung ist, dass es genügend Strukturen gibt, die Begegnung, Gemeinschaft und Mitwirkung ermöglichen. Familien, Paare und Singles, alte Menschen und Menschen mit Behinderung, Einheimische und Zugezogene mit oder ohne Migrationshintergrund, Angehörige aller sozialer Schichten – alle müssen gleichberechtigt am städtischen Leben teilhaben können. Städtebauliche, soziale und ökonomische Monostrukturen führen dagegen zu einer sozialen Spaltung der Stadt.

- Bürgerzentren in jedem Stadtteil sind Treffpunkte für soziale und kulturelle Aktivitäten, multikulturelle Begegnungen und Feste; auch Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten werden als soziale und kulturelle Zentren genutzt.
- Baugenossenschaften und Baugemeinschaften bieten den BewohnerInnen gemeinsame Räume und Anlagen; Mieter nutzen Gemeinschaftsgärten.
- Plätze und Grünanlagen, Sport- und Spielflächen mit Aufenthaltsqualität dienen als informelle Treffpunkte.
- Familien insbesondere brauchen ausreichend Plätze in Kitas und Kindergärten.
- Für die Jugend wird eine gute Jugendbetreuung durch adäquate Anzahl von Freizeiteinrichtungen mit genügend Personal sichergestellt.

- Die besonderen Bedürfnisse Älterer werden berücksichtigt; Entsprechendes gilt für Behinderte.
- Die Integration von Migranten und Migrantinnen wird gefördert, z.B. durch Sprachkurse, interkulturelle Begegnungen, Verhinderung oder zumindest Erschwerung von Ghettobildung.
- Sozial integrative Wohn- und Lebensbedingungen werden gefördert, z. B. durch Sorge für sozial und ethnisch gemischte Bevölkerung in den Stadtteilen oder für Generationen-übergreifendes Wohnen.
- Die kommunale Ausbildungs- und Arbeitsförderung wird ausgebaut; unbefristete, tariflich entlohnte „Normalarbeitsverhältnisse“ sind Standard der Beschäftigung bei der Stadt.
- Sozial Bedürftige sowie Migranten und Migrantinnen haben Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Bildung, Fortbildung, Information und kulturellen Aktivitäten. (Erste Ansätze dafür bieten Düsselpass und Sozialticket.)
- Es werden mehr Gemeinschafts- und Gesamtschulen (mit Schulspeisung für Alle) eingerichtet.



Jugendzentrum im Stadtteil

Grün in der Stadt

Die Stadtbevölkerung braucht die Natur im Stadtgebiet zur Freizeit und Erholung. Wenn sie für diesen Zweck ausreichend Flächen vorfindet, respektiert sie auch die geschützten Naturräume. Für Flora und Fauna sind Städte ein Refugium geworden – u.a. wegen ihrer abwechslungsreichen „Landschaft“; Städte sind also in der Verantwortung, diese Artenvielfalt zu erhalten und zu fördern.

Auch die Begrünung „vor der Haustür“, im unmittelbaren Wohnumfeld und öffentlichen Raum ist wichtig; sie erhöht die (Aufenthalts-)Qualität und lädt ein zum Zufußgehen und Radfahren. Grün in der Stadt schafft ein ausgeglicheneres Stadtklima: Es spendet Schatten und Kühlung, erhöht die Luftfeuchtigkeit und senkt den CO₂-Gehalt. Grün steigert unser Wohlbefinden; insbesondere der Form- und Farbreichtum einer naturnahen Grüngestaltung ist anregend und entstressend. Naturerleben im direkten Umfeld wirkt der Entfremdung von der Natur entgegen.

- Die natürlichen Grundlagen (Boden, Luft und Wasser) werden so weit wie möglich bewahrt.
- Erholungsflächen am Stadtrand wie offenes Grasland und Wald werden unbedingt erhalten.
- Städtische Erholungsflächen und Parks werden ausgebaut, ein zweiter Naturbadensee (z.B. in Angermund) und Naturerfahrungsräume für Kinder angelegt, Gewässer renaturiert, auch im Innenstadtbereich (freigelegte Düssel).
- Auch nicht mehr zur Bestattung benötigte Friedhofsflächen bleiben als öffentliche Grünflächen erhalten.
- Beleuchtung im öffentlichen Raum nimmt Rücksicht auf die Natur und auf die Gesundheit der Bewohner und Bewohnerinnen.
- Außer in historischen Parkanlagen, Liegewiesen u.ä. wird das öffentliche Grün überwiegend naturnah gestaltet, mit heimischen blühenden Sträuchern, Stauden und Wildblumenwiesen.



Naturnahes „Straßenbegleitgrün“

- In Parks und auf Plätzen werden auch Obst- und Nussbäume gepflanzt, die von der Bevölkerung abgeerntet werden.
- Für gesunde alte Bäume besteht ein konsequenter Bestandsschutz.
- Ein grünes Netz spannt sich über das gesamte Stadtgebiet. Es verbindet die Grünflächen der Innenstadt mit den grünen Außenbezirken, vernetzt die Biotope für Flora und Fauna und führt auf Fuß- und Radwegen abseits von Straßen durchs Grüne.
- Anwohnerinitiativen kümmern sich um Baumscheiben, begrünen Bürgersteige und Verkehrsinseln vor ihrer Tür, unterstützt von der Stadt.
- Unter dem Motto: „Kein Grundstück ohne Grün“ fördert die Stadt die Begrünung von Straßen, Plätzen, Dächern, Vorgärten, Stellplätzen und Fassaden.
- Parkplätze werden z.B. durch Rasenpflastersteine entsiegelt, Gleise begrünt, Regenwasser wird genutzt, Dachwasser kann über Muldensysteme versickern - wo immer es möglich ist.
- Die Verdichtung der Bebauung darf nicht auf Kosten der innerstädtischen Freiflächen gehen. Begrünte Innenhöfe, Abstandsgrün usw. sind wichtig für Wohlbefinden und Stadtklima. Ökologisch wertvolle Flächen werden als Freiflächen ausgewiesen.
- Auf innerstädtischen Brachen kann die Natur sich bis zur endgültigen Bebauung selbst überlassen werden und so Refugium für Flora und Fauna sein. Oder die Flächen werden für Gärten zwischengenutzt.
- Auch auf Abstandsflächen zwischen Wohnriegeln können Nachbarschaftsgärten, insbesondere Nutzgärten, entstehen.
- Kaltluftentstehungsflächen und Frischluftschneisen werden konsequent freigehalten.
- Äcker und Weiden im Stadtgebiet werden extensiv oder ökologisch bewirtschaftet, mit Unterstützung der Stadt. So wird eine vielfältige Kulturlandschaft bewahrt und die Artenvielfalt gesichert.

Mobilität und Verkehr

Von Verkehr und Straßen gehen hohe Belastungen für Mensch und Natur aus – Stickoxide, Feinstäube, CO₂, Lärm, Unfälle – mit den bekannten negativen Folgen für die Gesundheit der Wohnbevölkerung und für das Klima.

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) darf deshalb nicht länger den öffentlichen Raum und das öffentliche Leben in Düsseldorf dominieren. „Wir werden ökologisch verträglichen Fortbewegungsarten (insbesondere Zufußgehen, Radfahren, öffentlicher Nahverkehr) den Vorrang einräumen und den Verbund dieser Verkehrsarten in den Mittelpunkt unserer Planungsarbeiten stellen.“ (*Charta von Aalborg*)

Die Verringerung des MIV bei gleichzeitigem Ausbau und Beschleunigung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erhöht die Attraktivität der Stadt und ist ein wichtiger Standortfaktor. Auch die Fläche für den MIV wird konsequent verringert. Dies bringt auch einen Strukturwandel im Verkehrssektor mit sich: Es motiviert zum Kauf kleinerer Autos, fördert deren Weiterentwicklung und führt auch zu einer Abnahme des Verkehrs.

- Die Siedlungsstrukturen werden so geplant oder verändert, dass das motorisierte Verkehrsaufkommen sinkt.
 - Wohnen, Arbeiten und Versorgung sind auf kurzen Wegen erreichbar.
 - Die Struktur der Wohngebiete ist auf das öffentliche Verkehrsnetz ausgerichtet.
 - Neue Verkehrswege werden zu Gunsten des Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehr) angelegt, vorhandene entsprechend umstrukturiert.
- Parkmöglichkeiten für den MIV im öffentlichen Raum werden reduziert; das Angebot an Quartiersgaragen erhöht; der ruhende Verkehr wird überall, auch in Wohngebieten, bewirtschaftet, d.h. er ist kostenpflichtig oder zumindest zeitlich begrenzt.
- Die hierdurch gewonnenen Flächen (Standflächen, Fahrspuren) können für den Umweltverbund sowie zur Vermehrung des „Straßenbegleitgrüns“ genutzt werden.
- Es steht eine ausreichende Zahl an Fahrradstellflächen/Fahrradgaragen zur Verfügung.

- Mobilität soll möglichst CO₂-frei bzw. CO₂-arm gestaltet werden, durch Förderung von ÖPNV, Kfz mit alternativer Antriebsenergie, Fahrradverkehr sowie von Car-sharing und Leihfahrrädern.



Zweckentremdete Grünfläche

- Ampel-Vorrangschaltung für den ÖPNV, dichte Taktfolge, überdachte Fahrradabstellplätze an
- Haltestellen, barrierefreier Zugang machen die Nutzung von Bus und Bahn attraktiv (siehe „Züricher Modell“).
- Eine Mobilitätszentrale hilft bei der Gestaltung der individuellen Mobilität, u.a. durch optimale Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel.
- Die Reduzierung des MIV durch Tempolimits und verkehrsberuhigte Bereiche mindert gesundheitliche Risiken und macht die Nutzung von Fuß- und Radwegen gefahrloser.
- Niedrige Fahrpreise und die Ausgabe von Sozialtickets ermöglichen auch wirtschaftsschwachen Personen, mobil zu sein.
- Pendler und Pendlerinnen nutzen einen leistungsfähigen ÖPNV mit Park&Ride- sowie Bike&Ride-Plätzen inner- und außerhalb der Stadt.
- Schienengebundener ÖPNV verbindet Kommunen im „Speckgürtel“, z. B. Ratingen und Neuss, untereinander und mit Düsseldorf und seinen Stadtteilen.
- Belastungen durch den LKW-Verkehr werden verringert.
 - An geeigneten Standorten entlang der Haupttrouten werden die Güter des Schwerlast-Lieferverkehrs auf kleinere, wohngebietsverträgliche Lkw umgeschlagen.
 - Die Anzahl der Lkw kann durch Bündelung der Fahrten ebenfalls reduziert werden.

Stadt im Klimawandel

„Die einzig nachhaltigen und zukunftsbeständigen Energien sind erneuerbare Energiequellen“ (*Charta von Aalborg*). Aus der Nutzung fossiler Brennstoffe mit ihrer Emission klimaschädlicher Gase wird, so schnell es geht, ausgestiegen. In der Übergangszeit ist es noch nötig, auf – weniger belastende – Quellen wie Erdgas zurückzugreifen und die Gewinnung und Nutzung der Erneuerbaren zu fördern. Eine intelligente Zusammenführung verschiedener Energiequellen gewährleistet die Versorgung der Stadt.

In privaten Haushalten und in Unternehmen, bei städtischen Behörden und im Bereich des Verkehrs werden CO₂-Emissionen konsequent reduziert. Weniger Energieverbrauch wird nicht nur durch größere Effizienz erreicht, sondern vor allem durch Einsparungen bei der Nutzung. Das „Düsseldorfer Klimaprogramm“ (30 Maßnahmen zum Klimaschutz) will bis 2050 den jährlichen CO₂-Ausstoß pro Kopf unter 2 Tonnen pro Jahr, d. h. um 80-90 Prozent des jetzigen Ausstoßes, reduzieren. So kann aus Düsseldorf eine Niedrig-Energie-Stadt werden. Zur Umsetzung der Energie- und Klimakonzepte arbeitet Düsseldorf mit dem Umland zusammen.

- Der Düsseldorfer CO₂-Ausstoß wird kontinuierlich erfasst.
- Das 2008 vorgelegte Düsseldorfer CO₂-Klimaprogramm wird umgesetzt und weiterentwickelt.
- Ein Ausbau der Kraftwärmekoppelung steigert die Ausnutzung des Energieträgers (Energieeffizienz).
- In den Stadtteilen wird Energie verbrauchernah genutzt, z.B. durch Blockheizkraftwerke: Sie haben einen höheren Wirkungsgrad, geringere Verluste von elektrischer Energie und nutzen die Abwärme.
- Um den Heizenergieverbrauch zu senken, wird die energetische Sanierung von Gebäuden konsequent gefördert.
- Der Einsatz von Solarenergie wird ausgeweitet; auch vertikale Flächen von Hochhäusern werden für Solaranlagen genutzt. Das Solarenergiekataster der Stadt informiert über eine entsprechende Eignung.
- Die Anzahl der Bürgersolaranlagen nimmt weiter zu. Interessierte Bürger und Bürgerinnen werden bei der Suche nach Standorten von der Stadt unterstützt.



Astr(h)eine Entscheidung fürs Klima

- Biogasanlagen nutzen die anfallende Biomasse, soweit es ökologisch vertretbar ist. Damit ausreichende Masse zur Verfügung steht, arbeitet Düsseldorf mit den Nachbargemeinden zusammen.
- Das gesamtstädtische Kanalnetz und die Klärwerke verfügen über ein großes Wärmepotential, das mit bereits bestehenden technischen Möglichkeiten genutzt werden kann.
- Wasserkraft wird – auch im kleinmaßstäblichen Bereich – genutzt (z.B. an der Itter), solange keine negativen Auswirkungen z.B. auf die Aquafauna bestehen.
- Auch kleine Windkraftanlagen auf Hausdächern leisten einen Beitrag zur Energieversorgung.
- Die Stadtwerke weiten den Ökostromanteil kontinuierlich aus. Die Stadt macht deshalb den Betreibern bei der Neuaushandlung des Konzessionsvertrages entsprechende Auflagen – oder die Stadtwerke werden rekommunalisiert. In der Übergangszeit wird Energie aus Gaskraftwerken genutzt.
- Die Stadt bereitet sich auf die örtlichen Auswirkungen des Klimawandels vor. Maßnahmen zur Klimafolgen-Anpassung sind z. B., den Hochwasserschutz auszubauen, bestehende Luftschneisen offenzuhalten, schattige Grüninseln anzulegen.

Nachhaltige Wirtschaft

Eine nachhaltige Wirtschaft ist mehr als eine florierende Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert. Natürlich müssen soziale Belange berücksichtigt und langfristig Wohlstand für alle gesichert werden. Aber eine Wirtschaft, die sich am reinen Wachstum von Warenproduktion, Warenumsatz und Konsum orientiert, ist nicht zukunftsfähig. Es muss einen Strukturwandel in Richtung Nachhaltigkeit geben; Ziel ist eine umweltverträgliche Produktion von umweltverträglichen Gütern und Leistungen. Soweit Wachstum erfolgt, kann es nur ein qualitatives sein.

Nötig ist eine Wirtschaft, die Ökologie ernstnimmt und als Chance begreift. Die Rolle der Stadt ist es, in ihren „Bemühungen um die Ansiedlung von Unternehmen oder Schaffung von Arbeitsplätzen ... die Auswirkungen der Geschäftsideen auf die Zukunftsbeständigkeit (zu) prüfen, ... um das örtliche Wirtschaften durch einen umfassenden Prozess der Suche nach Zukunftsbeständigkeit zu beeinflussen.“ (*Charta von Aalborg*)



Ökoprofit-Auszeichnung von Betrieben 2011, mit Minister Remmel und Dezernentin Stulgies

- Nachhaltiges Produzieren, z.B. unter Einhaltung von Öko-Audit- oder Sozial-Audit-Normen, wird selbstverständlich.
- Immer mehr Betriebe stellen nachhaltige Produkte her, die also ressourcenschonend, langlebig, recycelbar (z.B. „from cradle to cradle“ = endlos wiederverwertbar) sind, bzw. handeln damit.
- Nachhaltig agierende Betriebe werden bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt und erhalten Steuer- oder andere Vorteile bei der Ansiedlung.

- Immer mehr Waren des hiesigen Angebots stammen aus lokaler und regionaler Produktion. Der Absatz lokaler und regionaler Produkte vor Ort wird gefördert, auch um Verkehr zu reduzieren.
- Läden sowie Dienstleister und Dienstleisterinnen sind verbrauchernah in den Stadtteilen angesiedelt.
- Auf dem Stadtgebiet und im Umland gibt es biologische oder extensive Landwirtschaft, dazu die entsprechende lokale und regionale Vermarktung, z.B. durch Bauernmärkte.
- Die Programme der Stadt zur Energieeinsparung, Energieeffizienz und zur Förderung der Erneuerbaren Energien ziehen Betriebe dieser Technologien in die Stadt.
- Die Messestadt Düsseldorf profiliert sich mit Messen zu ökologischer Produktion und ökologischen Produkten sowie zur nachhaltigen Stadtentwicklung.
- Die Nutzung des Düsseldorfer Flughafens wird – auf der Grundlage des heutigen Ausbaus – ständig im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung optimiert, unter besonderer Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen.
- Düsseldorf ist Teil eines regionalen Städteverbundes. Der sorgt dafür, dass eine weitere Konzentration von Arbeitsplätzen in Düsseldorf – mit den Folgeproblemen Flächenverbrauch, Wohnungsmangel, Pendlerströme usw. – durch eine bessere regionale Steuerung vermieden wird.

In der „Einen Welt“

Düsseldorf versteht sich als international verantwortliche und nachhaltige Stadt, die sich der globalen Auswirkungen ihres lokalen Handelns bewusst ist.

Dies zeigt sich nach außen in der Zusammenarbeit der Stadt mit Kommunen aus Schwellen- und Entwicklungsländern. Dabei wird eine dortige wirtschaftliche Entwicklung nur gefördert, wenn sie sozial- und umweltverträglich und an Nachhaltigkeitsstandards ausgerichtet ist.

Hier vor Ort zeigt es sich in der Nachfrage nach Produkten, die diesen Kriterien entsprechend produziert wurden sowie in Aktionen und Projekten, die zu Verständnis und Engagement für Probleme des Themenkreises „Eine Welt“ führen.



Düsseldorfer Erfolgsmodell

- Düsseldorf pflegt Partnerschaften mit Städten aus Entwicklungs- und Schwellenländern, auch unter Einbeziehung der Bürger und Bürgerinnen.
- Düsseldorf betreibt kommunale Entwicklungspolitik, -zusammenarbeit und -hilfe für Kommunen, indem die Stadt
 - Handwerk und wirtschaftliche Entwicklung fördert,
 - Knowhow zum Umwelt- und Klimaschutz weitergibt,
 - qualifizierte Bildung in Schule und beruflicher Bildung unterstützt,
 - kommunale Sozialprojekte fördert,
 - kommunale Verwaltungen und demokratische Selbstverwaltung unterstützt – durch Seminare, Praktika usw. – und mit ihnen kooperiert.
- Düsseldorf engagiert sich auch finanziell verstärkt und orientiert sich dabei an der entwicklungspolitischen Selbstverpflichtung Deutschlands.

- Bei der Beschaffung von Materialien und Gütern achtet die Stadtverwaltung darauf, dass sie
 - nachhaltig produziert wurden, unter Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards sowie der Anforderungen von Verbraucher- und Umweltschutz, und
 - fair gehandelt werden.
- Aufklärungskampagnen in Schulen, Bibliotheken, Volkshochschule usw. propagieren einen fairen, nachhaltigen Konsum.
- Dem kulturellen Austausch dienen jährliche „Eine-Welt-Tage“ und „Tage der Kulturen“.
- Ein internationales Kulturzentrum für internationale Begegnungen, Tagungen, Ausstellungen usw. und als Informationszentrum wird eingerichtet; Uni, Fachhochschule und Volkshochschule sind beteiligt, die Museen werden eingebunden.
- Internationale Vereine werden von der Stadt gefördert.
- Die Verwaltung stellt mehr ausländische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund ein.
- Ein internationaler Personalaustausch ermöglicht es, voneinander zu lernen.

2. Aufgaben der Stadtpolitik

Lokale Agenden sind „langfristige Aktionspläne für eine zukunftsbeständige und umweltgerechte Entwicklung“, die sich „in sämtliche Bereiche der kommunalen Entscheidungsfindung erstrecken“, und bei denen die Städte „mit allen gesellschaftlichen Kräften in unseren Kommunen – den Bürgern, Unternehmen, Interessengruppen – ...“ zusammenarbeiten. „Wir Städte und Gemeinden sichern zu, das gesamte verfügbare politische und planerische Instrumentarium für einen ökosystembezogenen Ansatz kommunaler Verwaltung zu nutzen. Dazu werden wir eine breite Palette von Instrumenten einsetzen, u.a. die Erhebung und Verarbeitung von Umweltdaten; die Umweltpolitik; ordnungspolitische, wirtschaftliche und kommunikative Instrumente wie Satzungen, Steuern und Gebühren; Instrumente zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie zur Bürgerbeteiligung“ (*Charta von Aalborg*).



In Düsseldorf meint „Lokale Agenda“ bisher eine spezielle Organisationsform für die Beteiligung der „gesellschaftlichen Kräfte“. Diese Akteure (in zufälliger Zusammensetzung) treffen sich mit ausgewählten VertreterInnen aus Politik (nach Proporz) und Verwaltung (das Amt für Verkehrsmanagement z.B. fehlt dabei) in einem Agenda-Beirat; Verwaltung und Organisation obliegen dem Umweltamt. Diese Struktur hat Einzelprojekte wie fairen Kaffee oder Bauernmärkte hervorgebracht. Im Stadtrat selbst wurden bisher keine übergeordneten Aktionspläne zur nachhaltigen Entwicklung diskutiert und verabschiedet, ihre Umsetzung demzufolge nicht in Auftrag gegeben.

Querschnittsthema Nachhaltigkeit

Es ist Zeit, dass Düsseldorf die Idee der Nachhaltigkeit in Politik und Verwaltung, in Gesellschaft und Wirtschaft trägt, wirksame Aktionspläne entwickelt und umsetzt, dass die Stadt mit den Vorgaben der Charta von Aalborg ernstmacht und andere Organisationsstrukturen einführt: Nachhaltigkeit und Aktionspläne zu ihrer Erreichung sind als Querschnittsaufgabe im Rat, in politischen Gremien und in der Verwaltung zu verankern und in konkreten Maßnahmen zu verwirklichen.

- Ein verpflichtendes Leitbild Nachhaltigkeit wird entwickelt und weitergeführt.
- Eine Nachhaltigkeitsstrategie wird entwickelt: Konkrete Handlungsprogramme werden aufgestellt, „einschließlich messbarer Ziele“, mit „Ausarbeitung eines Planes zur Umsetzung des Handlungsprogrammes einschließlich eines Zeitplanes.“ (*Charta von Aalborg*);

- Vorhandene Programme zur Förderung nachhaltiger Entwicklung und ökologischer Standards werden ausgebaut.
- Die Umsetzung der Programme wird projektbegleitend überprüft (Evaluierung und Kontrolle).



Vergangene Obrigkeit

- Ein Nachhaltigkeitsbeirat wird eingerichtet, der die jetzige Organisationsform der Lokale Agenda mit ihren Fachforen ersetzt.
- Die Zusammenarbeit in Nachhaltigkeitsfragen – der Gremien untereinander, von Politik und Verwaltung sowie innerhalb der Verwaltung – wird institutionell, durch den Nachhaltigkeitsbeauftragten, gesichert.
- Ein jährlicher Nachhaltigkeitsbericht informiert den Rat über die Umsetzung des Handlungsprogrammes.
- Besonders wichtig ist es, dass Politik und Verwaltung vorsorgend operieren und bei so grundsätzlichen Aufgaben wie langfristiger Stadtentwicklung und Stadtplanung, Flächenmanagement und Steuerung der Grundstücksnutzung (z.B. um Frischluftschneisen offenzuhalten) ihre Verantwortung wahrnehmen.
- Bei allem städtischen Handeln wie Beschaffungswesen, Erhalt der Infrastruktur, Neu- und Umbau usw. wird der Nachhaltigkeitsgedanke als Querschnittsthema berücksichtigt. Dies gilt auch für die städtischen Tochterunternehmen und -gesellschaften.
- Die Politik ist zu nachhaltigem Handeln verpflichtet – auch, wenn damit unpopuläre Entscheidungen verbunden sind.
- Politik und Verwaltung übernehmen eine Vorbildfunktion.
- Politik und Verwaltung insgesamt (inklusive der lokalen Spitzenpolitiker und -politikerinnen, Spitzenbeamten und -beamtinnen) bilden sich in Sachen „Nachhaltigkeit“ ständig weiter.
- In Fällen, in denen die Kommune nicht zuständig ist, macht sie ihre Einflussmöglichkeiten geltend und setzt sich dafür ein, dass entsprechende Gesetze auf den Weg gebracht werden.

- Ein Nachhaltigkeitsbeauftragter oder eine Nachhaltigkeitsbeauftragte, angesiedelt beim Oberbürgermeister, sorgt dafür, dass alle Planungen und Aktivitäten der Stadt auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden (vgl. Gleichstellungsbeauftragte).
- Ein Nachhaltigkeitsausschuss wird eingerichtet, besetzt mit den Vertretern der Ratsfraktionen.

Bürgerbeteiligung

Nachhaltige Entwicklung gelingt nur, wenn die ganze Stadtgesellschaft Verantwortung übernimmt. Rat und Verwaltung schaffen daher Strukturen, die es allen lokalen Akteuren – einzelnen Bürgern und Bürgerinnen, Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen, Verbänden, Unternehmen usw. – ermöglichen, ihre Vorstellungen zu nachhaltiger Entwicklung zu bilden, zu artikulieren und in verbindliche Entscheidungen einfließen zu lassen.

Bei Bedarf werden sie durch unabhängige Experten und Expertinnen und durch Institute unterstützt. Die Nutzung neuer Medien ist denkbar, z.B. zur Information der Bürgerschaft und bei Abstimmungen. Diese öffentliche Zusammenarbeit ist für Politik und Verwaltung z.T. ungewohnt. Sie brauchen mehr Mut zur aktiven Beteiligung der Bürgerschaft an Entscheidungen, und sie werden mehr Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit aufbieten müssen – über die bisherigen Wege der Beteiligung (z.B. Bezirksvertretungen) hinaus.

- Bürgerforen, Planungszellen, Werkstattverfahren, Bürgerhaushalte usw. sind Möglichkeiten, wie Bürgerinnen und Bürger an Planungen und Entscheidungsprozessen mitarbeiten können.
- Verfahren zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden werden von der Stadt unterstützt.
- Mitwirkung ist auch möglich im Rahmen regelmäßiger öffentlicher Anhörungen.

- Eine gründliche Öffent-lichkeitsbe-fragung sorgt für die syste-matische Er-fassung von Problemen.
- Auch Kinder und Jugendli-che werden frühzeitig an sie betref-fenden Ent-scheidungen beteiligt.



Mitarbeit in einem der Bürger-Fachforen der Stadt

- Die Stadt sorgt für eine weite Ver-breitung der Ideen der Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda 21 in der Bürgerschaft.
- Dies geschieht auch mit professionellen Mitteln, eventuell auch durch eine externe PR-Agentur.
- Interessierte Bürger und Bürgerinnen haben Zugang zu allen relevanten Informationen, auch zum städtischen Haushalt (z.B. durch Veröffentlichung im Internet).

3. Engagement der Bürgerinnen und Bürger

Ohne neues Denken und Handeln im persönlichen Bereich ist Nachhaltigkeit nicht realisierbar. Dabei sind auch die eigenen Ansprüche zu hinterfragen: Eigentums- und Freiheitsrechte dürfen nicht auf Kosten von Nachhaltigkeit und Gemeinwohl gehen. Wohin führen Mobilitätsansprüche wie z.B. die ständige Verfügbarkeit des eigenen Pkw? Unsere Gesellschaft konsumiert zuviel – und zu oft auch noch „das Falsche“, d.h. das Nicht-Nachhaltige. Wie können die Bedürfnisse umwelt- und sozial verträglich befriedigt werden, wobei nachhaltiger Konsum für alle möglich sein sollte?

Nachhaltiger Lebensstil

Nachhaltige Alternativen sind oft vorhanden. Um sie wählen zu können, müssen eingefahrene Verhaltens- und Konsummuster überprüft, eine neue Wertigkeit gefunden, Eigenverantwortlichkeit im Umgang mit knappen Ressourcen übernommen werden. Der allgemeine Lebensstil, insbesondere der Konsum, orientiert sich an Nachhaltigkeitskriterien. Eine zukunftsbeständige, umweltverträgliche und sozial gerechte Lebens-

weise zu lernen, erhöht die Lebensqualität. Die folgenden Punkte sind Hinweise, wie ein nachhaltiger Lebensstil aussehen kann.

- Die Verbraucher und Verbraucherinnen wollen nicht alles und nicht immer das Neueste haben.
- Sie bevorzugen haltbare, reparierbare Sachen (Möbel, Kleidung).
- Auch bei der Ernährung erheben sie nicht den Anspruch, alles zu jeder Zeit haben zu wollen. Bevorzugt werden saisonale Lebensmittel, möglichst aus biologischem Anbau.
- Wenn möglich, kaufen sie fair gehandelte Produkte (z.B. bei Kaffee).
- Beim Verzehr von Wildtieren wie Fisch kommen keine gefährdeten Tierarten auf den Teller, beim Verzehr von Nutztieren achten sie auf deren Herkunft aus artgerechter Haltung.



Einkaufen auf dem Bauernmarkt mit regionalen Produkten

- Sie setzen energiesparende Geräte ein – und widerstehen der Versuchung, die Einsparungen durch einen größeren „Gerätepark“ wieder aufzuheben.
- Wohnungen und Häuser werden energetisch saniert.
- Bei der Stromversorgung werden Ökostromanbieter bevorzugt.
- Verkehrsteilnehmer und Verkehrs teilnehmerinnen sind bei Freizeit und Arbeit möglichst mit ÖPNV, Rad oder Füßen unterwegs.
- Bei der Fahrt in den Urlaub bevorzugen sie die Bahn, am Ort praktizieren sie möglichst nachhaltigen Tourismus.
- Die Düsseldorfer und Düsseldorferinnen nehmen die verschiedenen Möglichkeiten, sich in den Nachhaltigkeitsbereichen zu engagieren, wahr.
- Sie nutzen die angebotenen Strukturen der Mitwirkung.
- Sie gehen mit offenen Augen und Ohren durch die Stadt, nehmen Nachhaltigkeitsprobleme und -chancen wahr und können sie so thematisieren.
- Sie kommunizieren das eigene – nachhaltige – Verhalten, indem sie z.B. Nachbarn und Nachbarinnen ansprechen.
- Sie gründen lokale Initiativen zu unterschiedlichen Nachhaltigkeitsthemen und arbeiten in bestehenden entsprechenden Organisationen mit.
- Sie beteiligen sich an gemischten Wohnformen wie Mehrgenerationenhäusern, an sozial engagierten Wohnprojekten, an Gemeinschaftsgärten.
- Ein nachhaltiger Lebensstil bringt vielfältigen persönlichen Gewinn: Wer aus der Fixierung auf hohen Konsum aussteigt, anstatt einfach weiter seinen Verbrauch zu maximieren, macht sich unabhängiger, ist selbstbestimmter, gewinnt individuelle Freiheit.
- Eine freiwillige Reduzierung der Arbeitszeit bringt mehr Zeit, damit Entstressung und Gesundheit.
- Die Teilnahme an gemeinschaftlichem Leben ist ein sozialer Gewinn und führt aus der Anonymität.

Schluss

Düsseldorf verfügt bereits über eine Reihe von Maßnahmen, die positive ökologische Auswirkungen zeigen (Umweltzone, Klimaprogramm usw.). Auch von der Lokalen Agenda in der in Düsseldorf eingerichteten Organisationsform wurden Projekte initiiert, die sich bewährt haben (Fairer Kaffee, Wohnen in Gemeinschaft usw.) Für die bisherigen Ansätze gilt allerdings: „Obwohl sie wertvolle Hilfsmittel zur Verringerung des Tempos der Zukunftsunbeständigkeit und der von ihr ausgehenden Belastung sind, bewirken sie jedoch nicht eine Umkehr der unbeständigen Entwicklung der Gesellschaft“ (*Charta von Aalborg*). Nachhaltiges Handeln der Stadt im Sinne der Lokalen Agenda darf sich nicht auf Projekte wie die Beschaffung nachhaltiger Bekleidung für die Verwaltung beschränken. Es muss Bereiche bestimmen, die strategisch für die Stadtentwicklung wichtig sind, wie z.B. den Verkehrsbereich – es muss Querschnittsaufgabe werden.

Seit 2011 beteiligt sich Düsseldorf, neben rund zwanzig deutschen Städten, offiziell am Dialog der Oberbürgermeister über strategische Fragen der „nachhaltigen Stadt“. Ein solcher nationaler Austausch und die damit eingegangenen Verpflichtungen können – 20 Jahre nach Rio – dem Thema Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda einen neuen Schub geben. Aus diesem Grund sollte Düsseldorf auch wieder in den europäischen Agendaprozess einsteigen und sich an den Folgekonferenzen der Aalborg-Charta beteiligen.

Nachhaltiges Leben und Arbeiten und vorsorgendes Lenken seitens der Stadt legen heute die Basis für die Lebensqualität der zukünftigen Stadtbevölkerung. Wenn wir diese sichern wollen, haben wir keine Wahl: Nur wenn alle Akteure in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltiges Denken verinnerlichen und danach handeln, bleibt Düsseldorf auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt.

Fotos: Astr(h)ein, Ernst Welski, Inga Kotlarek-Jöckel, Lika Weingarten, Presseamt der Stadt Düsseldorf

Fachforum II „Lebensraum Stadt“ der Lokalen Agenda Düsseldorf, April 2012

www.duesseldorflebensraum.de - Kontakt: Lika Weingarten, likaweingarten@gmx.de